Fraktion DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt Kamen

Rede zum Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

„Wer nicht mitmacht, verliert den Gestaltungsanspruch.“ – Diesen denkwürdigen Satz hat unserer Kämmerer am 20. Oktober bei der Einbringung des Haushalts gesagt. Unsere Frage: Welchen Gestaltungsanspruch? – Etwa den zu entscheiden, welche Spielplätze jetzt gerade in Methler, später dann in Kamen, Südkamen und Heeren-Werve geschlossen werden.

Aber der Kämmerer hat diesen Satz noch um einen anderen ergänzt: „Da muss man einige Ansprüche mal zurückstellen.“

Die Ortsteile werden weiter austrocknen: mit dem Freibad verliert Heeren eine seiner wenigen Attraktionen.

Es ist schon problematisch, dass die beiden großen GmbH – die Betriebsführungs- und die Technoparkgesellschaft mit einer Summe von über 700.000 Euro in jedem Jahr bezuschusst werden müssen. Wir versprechen, dass wir, obwohl wir in keinem Aufsichtsgremium vertreten sind, im nächsten Jahr näher hinschauen werden, u. a., ob die dortigen Ansprüche gerechtfertigt sind.

Auf Parkgebühren verzichtet die Mehrheit des Rates – sie verzichtet auf eine Summe von ca. 400.000 €. Was könnte man damit alles machen!?

Vergleich gefällig?

Für das Heerener Bad zahlen die GSW pro Jahr ca. 216.000 €.

Und das HSK 2012:

Bei den Schulen werden insgesamt 13.800 € eingespart,

bei der Musikschule 46.000 €,

bei der Stadtbücherei 8.900 €,

bei Spiel- und Bolzplätzen 11.600 €,

bei Sportvereinen 24.000 €,

durch wegfallende ÖPNV-Angebote 8.000 €.

Diese Posten, die wir uns bei der Aufstellung des HSK abgelehnt haben, ergeben gerade mal 112.300 €. Ein Bruchteil dessen, was durch eine Parkraumbewirtschaftung einzunehmen wäre.

Doch auch die Parkgroschen würden den Haushalt der Stadt nicht retten. Egal welche Bundes- oder Landesregierung in den letzten 20 Jahren am Ruder war: die beschlossenen Änderungen der Steuergesetze gingen immer zu Lasten der Kommunen. Von 1988 bis 2008 gab es allein 60 steuerpolitische Entscheidungen des Bundes, die zu Mindereinnahmen bei den Kommunen führten.

Vergleicht man die Steuersätze, die noch zu Zeiten der Regierung Kohl herrschten, so hätten wir heute 50 Milliarden € mehr in den öffentlichen Kassen. Von den Verstößen gegen das Konnexitätsprinzip haben wir hier noch nicht einmal gesprochen.

Mit den Stimmen der Linken stellte jetzt SPD und Grüne 350 Mio. € in den Haushalt des Landtages ein. Ein Stärkungspakt für die Finanzen der Kommunen. SPD und Grünen aber wollen mit diesem Geld nur die bilanziell überschuldeten 34 Städte und Gemeinden bedenken. Im Kreis Unna sind das Schwerte und Selm.

Doch 28 haben bereits gesagt, dass sie unter den von der Landesregierung genannten Bedingungen gar nicht wollen. Auch die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) kritisiert den Gesetzentwurf. Der Grund: nach den Plänen müssen die Kommunen in den nächsten Jahren pro Euro vom Land 3 Euro selbst sparen.

Kamen kann also von Glück sagen, dass wir nicht unter diesen Rettungsschirm müssen. Denn die verlangten Einsparungen würden zwangsläufig die Schließung vieler städtischer

Einrichtungen (Bibliotheken, Jugendzentren, Musikschule) und die Entlassung von Personal nach sich ziehen. Oder anders gesagt: Keine Freiwilligen Ausgaben mehr: der Bürgermeister und der Rat verkümmern zum Verwalter ohne Gestaltungsmöglichkeiten.

Zurück zum Kamener Haushalt: Wenn es Gestaltungsmöglichkeiten gibt, werden sie in Teilbereichen nicht ausgeschöpft. In vielen Bereichen vermissen wir schlüssige Konzepte. Folgt man den Erläuterungen des Haushalts, so sind die dort präsentierten Darstellungen besonders in den Bereichen Kultur und Öffentliches Grün sehr dürftig. Das Stadtmarketing beschränkt sich in der Mittelverwendung auf den Weihnachtsmarkt – wenigstens der läuft in diesem Jahr. Ziele, die über den Erhalt des Ist-Standes formuliert sind, werden nicht formuliert. Dabei gebe es vieles, was sinnvoll und nötig wäre, wenn mehr Geld vorhanden wäre.

Besonders kreativ präsentiert sich – wie in jedem Jahr – die Kamener SPD-Fraktion. Wie immer, werden die Vorlagen der Verwaltung zunächst in ihrer Schlüssigkeit von der Fraktionsvorsitzenden begründet und schließlich von der Fraktion abgenickt. Eigene Ideen sind über Jahre nicht sichtbar geworden – jetzt ist man sogar dazu übergegangen, für Informationsveranstaltung die Verwaltung einzuladen.

Neben der Schuldenuhr, die übrigens bei 1,9 Billionen Euro steht, gibt es eine Uhr, die den Stand der privaten Geldvermögen zeigt: über 8,3 Billionen Euro. Besitz an Immobilien, an Grund und Boden oder an Produktionsmitteln ist hier übrigens gar nicht verzeichnet. Auch in der Wirtschaftskrise ist das Vermögen der Reichen weiter gestiegen. Heutzutage wächst es um 379 € pro Sekunde – oder

22740 Euro pro Minute

1,4 Millionen Euro pro Stunde und

32,7 Millionen Euro pro Tag.

Wann starten die von SPD und Grünen geführten Landesregierung nun endlich eine Bundesrats-Initiative zur Wieder-Einführung einer Vermögenssteuer und zur Erhöhung der Erbschaftssteuer – und zwar in Verbindung mit einem Gemeindefinanzierungsausgleich.

Gemeinsam mit dem Landkreistag fordern GAL und Linke die Erhöhung des Verbundsatzes von 23 auf 25 Prozent im Gemeindefinanzierungsgesetz. Allein diese Anhebung würde für die Kommunen in NRW knapp 700 Millionen Euro an Mehreinnahmen bedeuten. Langfristig müsste er wieder auf die 28,5 Prozent angehoben werden, bei denen er 1983 noch stand.

Die Umstellung der kommunalen Haushaltssystematik von der Kameralistik auf das NKF darf in der Praxis auf keinen Fall zu einem weiteren Einzug betriebswirtschaftlicher Philosophie in die Kommunalverwaltung führen. Hier gilt: Kommunale Leistungen sind keinesfalls „Produkte“, Schulen und Kinderbetreuung sind keine Handelsware, eine Kommune ist kein Konzern.

Völlig unverständlich ist für uns die Ablehnung der Erhöhung der Gewerbesteuer durch die CDU und FDP. Vor allem, wenn man berechnet das die Erhöhung eine von 460 auf 470 Punkte ist – und somit lediglich um 2,1 Prozent.

Offensichtlich sollen Gewerbe und Handel, denen die Stadt mit der bereitwilligen Bereitstellung von Flächen (ich erinnere nur an Hülpert und die Autostadt), mit teurem chinesischem Granit und dafür freiem Parken auf städtischen Flächen und in städtischen Parkhäusern, mit rund 300.000 Euro (pro Jahr) für den Technopark die Millionen von Euros schenkt – nach Meinung dieser beiden Parteien sollen die Unternehmen gar nichts zur Konsolidierung des Haushalts beitragen. Das nennt man praktisch Klientelpolitik.

Zurück zur Vermögensuhr. Es gibt inzwischen viele Initiativen von Reichen in Deutschland, von Millionären, die fordern von der Bundesrepublik die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Diese

Initiativen gehen von denen aus, die Geld haben, die die Steuer freiwillig zahlen wollen. Nichts passiert.

FDP und CDU meinen immer noch, „Steuererhöhungen führen langfristig zu sinkenden Steuereinnahmen“. Dieser neoliberale Grundsatz trägt seit vielen Jahren dazu bei, dass die öffentlichen Kassen immer leerer werden. – Und – wie ich an dieser Stelle schon einmal anführte – zu mehr und mehr Sparprogrammen, die das Soziale am Staat wegschreddern, die öffentlichen Dienste verkommen lassen und so die Zukunft unserer Kinder belasten.

– Es gilt das gesprochene Wort –